

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Juli/August 2020



Die Europäische Zentralbank hat schon vor der Corona-Krise verschuldeten Euro-Staaten mehr Anleihekäufe genehmigt.

Foto: © iStockphoto.com/instamatics

Wirtschaftspolitische Analyse

Digitaler Impfstoff für die Wirtschaft

Schwerpunkt Umwelt /Energie

Trotz Corona bleibt Klimaschutz wichtiges Anliegen in Deutschland

Standpunkt

Im Wettbewerb mit China

Übergewichtung der Hochschuldenländer schon vor der Corona-Krise

Schon vor der Corona-Pandemie haben die Zentralbanken des Eurosystems bei ihren Anleihekäufen die hoch verschuldeten Euro-Staaten zunehmend Übergewichtet. Außerdem wurden die Regeln der Kaufprogramme seit 2015 kontinuierlich gelockert. Dies sind Befunde einer Studie zu den EZB-Wertpapierkaufprogrammen, die Forscherinnen und Forscher des ZEW Mannheim mit Unterstützung der Brigitte Strube Stiftung erarbeitet haben.

Die Studie untersucht, wie sich die Regeln der beiden Kaufprogramme PSPP (Public Sector Purchase Programme) und PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) entwickelt haben. Für das im März 2020 aktivierte PEPP wurden wichtige Regeln des PSPP unter Verweis auf die besonderen Herausforderungen der Corona-Rezession außer Kraft gesetzt. Aber auch für das 2015 begonnene PSPP zeigt sich, dass anfänglich sehr strenge

Begrenzungen schon vor Corona zunehmend gelockert worden sind. Dies betrifft etwa die Liste der ankaufsfähigen Anleihen, deren Laufzeiten und Mindestrenditen sowie Obergrenzen pro Emission und Emittent. Zunehmend relativiert wurde auch die Regel, dass das Eurosystem die Anleihekäufe nach dem EZB-Kapitalschlüssel auf die Euro-Staaten verteilt.

Das PEPP brachte 2020 dann eine sehr weitreichende Lockerung der verbleibenden Regeln mit sich. Inzwischen akzeptiert das Eurosystem sogar, dass es mehr als ein Drittel aller Wertpapiere eines Emittenten kauft. Damit erlangt die EZB eine Sperrminorität in möglichen Umschuldungsverhandlungen. Spätestens mit dem PEPP hat die EZB die Rolle eines strategisch wichtigen Gläubigers für Eurostaaten akzeptiert. Der EZB-Rat wird somit darüber mitentscheiden, ob ein überschuldeter Eurostaat seine Anleiheverbindlichkeiten umschulden kann oder nicht.

Die empirische Analyse zeigt, dass die Übergewichtung der Anleihekäufe in Richtung der hoch verschuldeten Staaten Frankreich, Belgien, Italien und Spanien bereits vor Corona deutlich im Gang war. Für diese Länder ist der Anteil der gehaltenen Bestände von 2015 bis 2019 immer stärker über den EZB-Kapitalschlüssel des betreffenden Landes gestiegen. Dies widerspricht sogar den gelockerten PSPP-Regeln, die den Kapitalschlüssel immer noch als relevanten Kompass für die aufgelaufenen Bestände definieren. Seit Ausbruch der Corona-Krise hat sich die Übergewichtung für Spanien und Italien dann noch einmal dramatisch ausgeweitet, auch im alten PSPP-Programm. So lag der Anteil Italiens an den PSPP-Käufen zwischen März und Mai um 13 Prozentpunkte über dem Kapitalschlüssel des Landes.

Problem der Überschuldung kann EZB nicht lösen

Die immer stärkere Asymmetrie der EZB-Anleihekaufprogramme hat zur Folge, dass sich die Anleihebestände des Eurosyste-

ms inzwischen auch in Relation zur Wirtschaftsleistung eines Landes stark unterscheiden. Während das Eurosystem bereits italienische Anleihen im Volumen von fast 25 Prozent des italienischen BIP von 2019 hält, liegen die Bestände etwa für die Niederlande gerade einmal bei etwa 15 Prozent des niederländischen BIP.

Die Schlussfolgerung der Studie ist, dass die Anleihekaufprogramme sich vor der jüngsten Krise immer stärker in Richtung der Grauzone der unerlaubten monetären Staatsfinanzierung bewegt hätten. Staatsanleihekäufe der Euro-Zentralbanken in diesem Umfang und mit diesen steigenden nationalen Ungleichgewichten mögen in Krisenzeiten gerechtfertigt sein. Sie sind aber keine mit dem EU-Recht vereinbare Option, wenn die Corona-Rezession überwunden ist. Das Problem überschuldeter Euro-Staaten kann und darf die EZB in Zukunft nicht lösen.

Die Studie zum Download unter: www.zew.de/PU81801

Annika Havlik, annika.havlik@zew.de

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de

Ein Drittel der deutschen Kurzarbeiter fürchtet um den Arbeitsplatz

Trotz der massiven Produktionseinbrüche aufgrund der Covid-19-Pandemie hält die große Mehrheit der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den eigenen Arbeitsplatz für vergleichsweise sicher. Dies gilt jedoch nicht für Kurzarbeiter, für Menschen in Freistellung ohne Lohnfortzahlung und für Beschäftigte in besonders betroffenen Branchen. Dies sind Ergebnisse des Berichts aus der Mannheimer Corona-Studie der Universität Mannheim und des ZEW Mannheim, der sich schwerpunktmäßig mit dem subjektiven Arbeitslosigkeitsrisiko befasst.

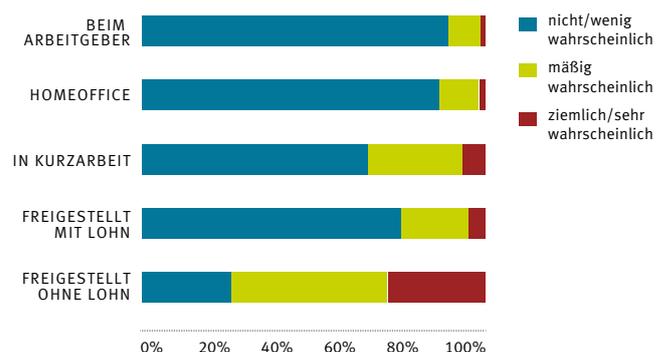
Trotz der Schwere des ökonomischen Einbruchs im März und April 2020 ist der Anteil der Befragten, die kein oder nur ein geringes Risiko für den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes auf Jahresfrist sehen, zwischen Januar und Mai lediglich von 92,5 auf 85,1 Prozent gefallen. Deutlich dramatischer ist der Effekt hingegen für bestimmte Untergruppen. Unter den Kurzarbeitern hält etwa ein Drittel den eigenen Arbeitsplatz für akut gefährdet. Das Instrument der Kurzarbeit betrachten Betroffene längst nicht mehr als zuverlässigen Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

Noch hochgradig pessimistischer sind Menschen, die bereits ohne Lohn freigestellt wurden. Von ihnen glaubt mit 26,9 Prozent nur noch gut jeder Vierte, dass der eigene Arbeitsplatz die Krise überleben wird. Besonders Beschäftigte, die schon vor der Corona-Pandemie in prekären Arbeitsverhältnissen waren, spüren die negativen Konsequenzen der Krise. Sie hatten bereits in den ersten Wochen des Lockdowns ein wesentlich höheres Risiko, arbeitslos zu werden, und schätzen nun ihr zukünftiges Arbeitslosigkeitsrisiko vergleichsweise hoch ein.

Auch in den besonders von der akuten Krisenphase im Frühling betroffenen Branchen machen sich Sorgen um den Arbeitsplatz breit. Dies gilt vor allem für das Gastgewerbe, den Kunst- und Unterhaltungssektor und den Handel. Im Bereich Kunst und Unterhaltung hält ein gutes Drittel der Befragten den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes für realistisch. Die Anti-Krisenmaßnahmen der Regierung genießen zwar insgesamt Vertrauen. In den besonders betroffenen Branchen und Personengruppen zweifeln aber inzwischen viele, dass die umfangreichen Krisenpakete gravierende Job-Verluste werden verhindern können.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de

ARBEITSLOSIGKEITSRISIKO MAI 2020 NACH AKTUELLER ERWERBSITUATION



Anmerkungen zur Abbildung: Dargestellt sind Personen, die in der Woche 1.–7. Mai erwerbstätig waren. Quelle: Mannheimer Corona-Studie



Arbeitslose, die sich mit einer Geschäftsidee selbstständig machen möchten, sollten möglichst frühzeitig Unterstützung von der Bundesagentur für Arbeit erhalten.



Foto: © iStockphoto.com/Vladimir Vladimirov

Längerer Bezug von Arbeitslosengeld beeinträchtigt Gründungserfolg

Arbeitslose, die sich selbstständig machen, sind im Schnitt weniger erfolgreich, wenn sie über einen längeren Zeitraum hinweg Arbeitslosengeld I beziehen können. Ein längerer Anspruch auf Arbeitslosengeld führt bei vielen Betroffenen dazu, dass sie länger arbeitslos bleiben. Dies hat wiederum negative Auswirkungen auf den Erfolg der Gründungen. Das sind die Ergebnisse einer aktuellen Studie des ZEW Mannheim und der Universität Zürich.

Die maximal mögliche Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I hängt sowohl von den Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung als auch vom Alter ab. Zwischen Anfang 2006 und Anfang 2008 wurde sie im Zuge der Hartz-Gesetzgebung zunächst stark gesenkt und anschließend wieder leicht erhöht. Die Wissenschaftler nutzen diese Reformen, um die Wirkung der Bezugsdauer auf den Erfolg von Start-ups, die aus der Arbeitslosigkeit heraus gegründet werden, zu untersuchen.

Die Autoren der Studie unterscheiden Selbstständigkeit als Chance von Selbstständigkeit aus Notwendigkeit. Eine Chance liegt vor, wenn die Gründerinnen und Gründer in der Selbstständigkeit die Möglichkeit sehen, eigenständig zu arbeiten, eine Business-Idee zu verwirklichen oder mehr zu verdienen als bei einer Anstellung. Gründungen aus Notwendigkeit dagegen beruhen auf dem Motiv, der Arbeitslosigkeit zu entkommen: Wenn Arbeitslose keine geeignete Stelle finden, erscheint ihnen die Selbstständigkeit als der letzte Ausweg. Selbstständige aus Gelegenheit erzielen im Durchschnitt höhere Verkaufszahlen mit ihren Start-ups und stellen in den ersten Jahren nach der Gründung mehr Vollzeitäquivalente ein.

Je länger Gründerinnen und Gründer Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich aus Notwendigkeit heraus selbstständig machen. Mit jedem Monat an zusätzlichem Anspruch auf Arbeitslosengeld I steigt zudem die tatsächliche Arbeitslosendauer zukünftiger Gründerinnen und Gründer um einen halben Monat an. Zugleich sinkt das Wachstum der Start-ups im Hinblick auf Umsatz und Beschäftigung im Vergleich zu Start-ups von Gründerinnen und Gründern, die weniger Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

Passgenaue Start-up-Förderung für Arbeitslose

Sollte man die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I im Lichte der Ergebnisse kürzen? Das ist keine richtige Schlussfolgerung. Insbesondere in Zeiten einer Krise am Arbeitsmarkt, in der Stellenangebote fehlen, ist sogar eine befristete Verlängerung sinnvoll. Die politische Schlussfolgerung des Forschungspapiers ist vielmehr, dass die Arbeitsagentur möglichst frühzeitig die neuen Arbeitslosen über ihre Fertigkeiten und beruflichen Perspektiven intensiv befragen und analysieren sollte. Durch schnelle und gezielte Weiterbildungsmaßnahmen könnten die Chancen für all diejenigen, die weiterhin abhängig beschäftigt bleiben wollen, verbessert werden. Wer hingegen eine gute Geschäftsidee hat, sollte bei der Erstellung eines Businessplans beraten werden und passgenaue Start-up-Förderung erhalten.

Die Studie zum Download: www.zew.de/PU81772

Dr. Sebastian Camarero Garcia, sebastian.camarerogarcia@zew.de
Dr. Martin Murmann, martin.murmann@zew.de

INHALT

Übergewichtung der Hochschuldenländer schon vor der Corona-Krise.	1
Ein Drittel der deutschen Kurzarbeiter fürchtet um den Arbeitsplatz	2
Längerer Bezug von Arbeitslosengeld beeinträchtigt Gründungserfolg	3
Unternehmen können von mobiler und flexibler Arbeit profitieren	4
Schwerpunkt Umwelt/Energie	5

Nachgefragt: Welche neuen Impulse stehen der Umweltökonomik am ZEW bevor?	8
Digitaler Impfstoff für die Wirtschaft	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine	11
Standpunkt	12

Unternehmen, die flexible Arbeitszeitmodelle mit dem Einsatz mobiler Endgeräte kombinieren, können ihre Produktivität steigern.



Foto: © iStockphoto.com/baona

Unternehmen können von mobiler und flexibler Arbeit profitieren

Die aktuelle Corona-Krise lässt vielen Unternehmen keine andere Wahl, als ihren Beschäftigten eine deutlich flexiblere Arbeitsgestaltung zu ermöglichen als bisher. Eine Studie des ZEW Mannheim zeigt in diesem Zusammenhang, dass Unternehmen von flexibler Arbeit profitieren können, wenn sie ihren Beschäftigten eine adäquate digitale Infrastruktur bereitstellen. So sind Unternehmen im Dienstleistungssektor produktiver, wenn sie flexible Arbeitsmodelle einsetzen und ihren Beschäftigten gleichzeitig mobile Endgeräte zur Verfügung stellen.

Der rasante Fortschritt digitaler Technologien hat dazu geführt, dass Beschäftigte zunehmend auch außerhalb des Unternehmens arbeiten können. Denn um effizient von zu Hause aus arbeiten zu können, ist für viele Tätigkeiten eine funktionierende digitale Infrastruktur unerlässlich. Neben wichtigen E-Mails müssen Beschäftigte auch auf Daten oder Software zugreifen können, die auf den internen Unternehmenslaufwerken gespeichert sind. Zudem müssen die Betroffenen häufig über mobile Endgeräte wie Notebooks, Tablets oder Smartphones verfügen. Diese mobilen Endgeräte sind heute aus dem Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Schon im Jahr 2014 haben insgesamt 23 Prozent der Beschäftigten mobile Geräte verwendet, die ihnen ihr Arbeitgeber zur Verfügung gestellt hat.

Vertrauensarbeitszeit bietet größtmögliche Flexibilität

Die Studie zeigt, dass organisatorische Anpassungen notwendig sind, um die positiven Aspekte der neuen, mobilen Technologien voll ausschöpfen zu können. Vor allem Unternehmen, die ihren Beschäftigten durch eine entsprechende Arbeitsorganisation eine hohe Autonomie bei der Erledigung ihrer Tätigkeiten ermöglichen, können positive Effekte erwarten. Die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen kann dabei entlang verschiedener Dimensionen erfolgen. Diese reichen von der Arbeitszeit (Gleitzeitmodelle) über den Arbeitsort (Homeoffice) bis hin zu Fragen des täglichen Arbeitspensums oder der Kontinuität der Arbeit (längere Auszeiten, Arbeitszeitkonten). Die größtmögliche Flexibilität räumen Arbeitgeber ihren Angestellten aber mit

der sogenannten Vertrauensarbeitszeit ein: Hier haben Beschäftigte selbst die größte Eigenverantwortung mit Blick auf alle genannten Dimensionen der Arbeit. Diese Entwicklung der jüngsten Zeit wurde insbesondere durch das Aufkommen mobiler Endgeräte und des mobilen Internets unterstützt.

Die Studie basiert auf einer repräsentativen Unternehmensbefragung des ZEW. In den betrachteten Unternehmen wurden 33 Prozent der Angestellten von ihrem Arbeitgeber mit mobilen Endgeräten ausgestattet. 34 Prozent haben einen Arbeitsvertrag, der Vertrauensarbeitszeit vorsieht. Die Analyse zeigt, dass der positive Zusammenhang zwischen dem Einsatz mobiler Endgeräte und der Unternehmensleistung stärker ist, wenn den Beschäftigten gleichzeitig eine hohe Arbeitsautonomie in Form von Vertrauensarbeitszeit eingeräumt wird. Eine Modellrechnung zeigt, dass eine Erhöhung der Ausstattung mit mobilen Endgeräten um 20 Prozentpunkte mit einem Produktivitätsanstieg von 1,05 Prozent einhergeht, wenn das Unternehmen in einem durchschnittlichen Maße Vertrauensarbeitszeit ermöglicht. Für Unternehmen, in denen 85 Prozent der Beschäftigten unter Vertrauensarbeitszeit arbeiten, beträgt der beobachtete Produktivitätsanstieg hingegen 4,64 Prozent.

Die Ergebnisse stimmen optimistisch hinsichtlich der Potenziale der mobilen und flexiblen Arbeit. Allerdings sind die Schlussfolgerungen nicht automatisch auf die aktuelle Krise übertragbar. Derzeit müssen viele Arbeitgeber die rapide Veränderung der Arbeitsorganisation ohne vorherige Planungsphase bewerkstelligen. Die steigende Flexibilität in den Arbeitsalltag zu integrieren und die technische Infrastruktur trotz hoher Belastung zu gewährleisten, führt daher noch in vielen Unternehmen zu Schwierigkeiten. Schließlich eignen sich auch nicht alle Tätigkeiten für das mobile und flexible Arbeiten. Aus einer langfristigen Perspektive unterstützen die Ergebnisse allerdings die Vermutung, dass die weitere Verbreitung mobiler Technologien auch nach der Krise zu einer wachsenden Bedeutung zeitlicher und räumlicher Autonomie am Arbeitsplatz führen kann.

Die Studie zum Download: www.zew.de/PU79902

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de
Dr. Steffen Viète, stefven.viete@zew.de



Schwerpunkt UMWELT/ENERGIE

Trotz Corona-Pandemie bleibt Klimaschutz ein wichtiges Anliegen in Deutschland

Die Klimapolitik prägte die öffentliche Diskussion im Jahr 2019. Dann kam die Corona-Pandemie nach Deutschland – und bestimmt seitdem die politische und mediale Debatte. Dennoch bleibt der Klimawandel ein zentrales Thema. Das zeigt eine aktuelle Befragung des ZEW und weiterer Kooperationspartner: Mehr als 90 Prozent der Befragten geben an, dass sich die Bedeutung des Klimawandels seit Jahresbeginn nicht verändert oder sogar zugenommen habe. Gleichwohl schätzen Haushalte mit Corona-bedingten finanziellen Einbußen den Klimawandel als weniger bedeutsam ein als nicht betroffene Haushalte.

Hat die Corona-Pandemie die Sorgen um den Klimawandel verdrängt? Um diese Frage zu beantworten, befragte das Marktforschungsinstitut forsa zwischen im Mai und Juni 2020 mehr als 6.000 Haushalte in Deutschland. Die Befragung ist damit die bisher größte Erhebung zum Thema Klimawandel während der Corona-Pandemie. Ein relativ geringer Anteil von 0,6 Prozent der Befragten gab an, nachweislich mit dem Virus infiziert gewesen zu sein. Über finanzielle Einbußen durch die Corona-Krise berichtet jedoch etwa die Hälfte der Haushalte. Knapp acht Prozent der befragten Haushaltsvorstände haben nach eigenen Angaben sogar große oder sehr große Einbußen erlitten. Trotz der Krise bleibt der Klimawandel ein wichtiges Thema. Nur sechs Prozent aller Befragten finden, dass der Klimawandel seit Jahresbeginn an Bedeutung verloren habe. 70 Prozent sehen keine Veränderung in der Wichtigkeit des Themas. 23 Prozent sind sogar der Meinung, der Klimawandel habe zuletzt an Bedeutung gewonnen. Insofern scheint die Pandemie keine großen Effekte auf die Einstellungen und Präferenzen bezüglich des Klimawandels zu haben, zumindest in der Bevölkerung als Ganzes.

Bei der Unterscheidung zwischen Haushalten mit und ohne finanzielle Einbußen durch die Corona-Pandemie zeigt sich in der Tendenz, dass die betroffenen Haushalte den Klimawandel seltener als eine „sehr wichtige globale Herausforderung“ ansehen. Dieser Zusammenhang bleibt auch bestehen, wenn man die Effekte von typischen sozio-ökonomischen Variablen

und politischen Ansichten berücksichtigt. Ähnliche Zusammenhänge bestehen zwischen finanzieller Betroffenheit und einer geringeren Zustimmung zu klimafreundlichen Wirtschaftshilfen. Man kann also daraus schließen, dass finanzielle Einbußen infolge der Corona-Pandemie das Potenzial haben, Präferenzen und Einstellungen bezüglich des Klimawandels zu verändern.

Mehrheit will klimafreundliche Hilfsprogramme

Im Zuge der Debatte um die Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft in der Corona-Krise wird auch darüber diskutiert, welche Rolle der Klimaschutz dabei spielen sollte. Laut der Befragung befürwortet eine deutliche Mehrheit die Verknüpfung von Wirtschafts- und Klimapolitik: Gut 63 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zugleich der Erreichung der Klimaziele dienen sollen. Knapp 37 Prozent finden, dass soziale Gerechtigkeit in diesem Kontext noch wichtiger ist als der Klimawandel. Nur rund 28 Prozent der Haushalte sind der Meinung, dass die Wiederbelebung der Wirtschaft vorrangige Priorität hat und diesem Ziel alle anderen Ziele untergeordnet werden sollten. Unter den finanziell betroffenen Haushalten fällt die Zustimmung hierfür jedoch leicht höher aus.

Zur Stützung der Wirtschaft hat sich die Politik in den vergangenen Monaten auf Ausgaben in Rekordhöhe geeinigt. Eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent der Befragten befürwortet öffentliche Investitionen nur dann, wenn sie zur Reduzierung von CO₂-Emissionen beitragen. Die viel diskutierte Kaufprämie für Autos wird, wenn sie antriebsunabhängig ausgezahlt wird, nur von neun Prozent der Befragten unterstützt. Eine Kaufprämie für Autos mit klimafreundlichem Antrieb unterstützen 34 Prozent der Befragten. Viel Zustimmung erfährt jedoch eine Senkung der Strompreise: 69 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, z.B. durch eine niedrigere EEG-Umlage.

Die Studie zum Download unter: www.zew.de/PM7276

Dr. Daniel Osberghaus, daniel.osberghaus@zew.de

Zurückhaltung gegenüber Elektroautos liegt nicht nur an den hohen Kosten

Für weitere Strecken nutzen Autofahrerinnen und Autofahrer Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor weit häufiger als Elektroautos. Das gilt nicht nur für Autos im Privatbesitz, sondern insbesondere auch für Carsharing-Angebote, bei denen die Kostenstruktur für beide Antriebsarten für die Kundinnen und Kunden gleich ist. Höhere Anschaffungspreise und Unterschiede in den laufenden Kosten zwischen E-Autos und Verbrennern sind dementsprechend nicht der einzige Grund für die geringe Fahrleistung von Elektrofahrzeugen. Stattdessen dürften auch verhaltensbezogene und nicht-monetäre Faktoren eine Rolle spielen. Alltägliche Entfernungen sind jedoch mit einem marktüblichen E-Auto gut zu erreichen, wie eine ZEW-Studie zeigt.

Die Studie stützt sich zum einen auf die Umfrage „Mobilität in Deutschland 2017“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Zum anderen nutzt sie Buchungsdaten der Firma Flinkster, dem größten Carsharing-Anbieter in Deutschland, aus den Jahren 2014 bis 2016. Beim Flinkster-Carsharing liegt eine Besonderheit der Nutzung darin, dass die Fahrtkosten pro gefahrener Zeit und Strecke über alle angebotenen Motortypen innerhalb einer Fahrzeugklasse immer gleich sind, egal, ob elektrisch oder konventionell. Aufgrund dieser identischen Kostenstruktur sind beobachtbare Unterschiede in der Nutzung zwischen Elektroautos und Verbrennern also nicht auf Kostenunterschiede zurückzuführen, sondern geben Auskunft über nicht-monetäre Faktoren für das Fahrverhalten.

Geringere Nutzung von Elektroautos beim Carsharing

Für private Fahrzeughalter sind E-Autos in der Anschaffung, auch nach Einbeziehung der aktuellen staatlichen Förderprämien, meist noch teurer. Die variablen Kosten pro Kilometer liegen jedoch aufgrund des geringen Preises (pro Energieeinheit)

von Strom gegenüber Benzin oder Diesel deutlich unter denen herkömmlicher Fahrzeuge. Die Kostenstruktur allein bietet also Anreize, E-Autos mindestens genau so intensiv zu nutzen wie konventionelle Fahrzeuge. Wie die Studie zeigt, fahren private Haushalte ihre E-Autos durchschnittlich 13.052 Kilometer im Jahr. Das sind etwa 8 Prozent weniger als bei privaten Autos mit Verbrennungsmotoren. Dabei ist die höhere Kilometerzahl herkömmlicher Autos vor allem auf die starke Nutzung von Dieselautos zurückzuführen.

Bei Carsharing-Diensten dagegen ist der Unterschied zwischen E-Autos und Autos mit Verbrennungsmotoren noch stärker: Elektroautos erreichen lediglich 23 Prozent der Jahresfahrleistung herkömmlicher Autos. Neben geringeren Fahrleistungen pro Buchung werden Elektroautos an Leihstationen, die Fahrzeuge mit beiden Antriebstechnologien anbieten, auch seltener gebucht als konventionelle Fahrzeuge. Die geringere Nutzung von Elektroautos beim Carsharing zeigt, dass die Preisunterschiede nicht den einzigen Grund für den wesentlich geringeren Marktanteil von Elektroautos darstellen. Es ist daher fraglich, ob die Erhöhung der Förderprämien der E-Mobilität durch zusätzliche Nachfrage zum Durchbruch verhelfen kann.

Die Sorge vor zu geringer Reichweite entkräften

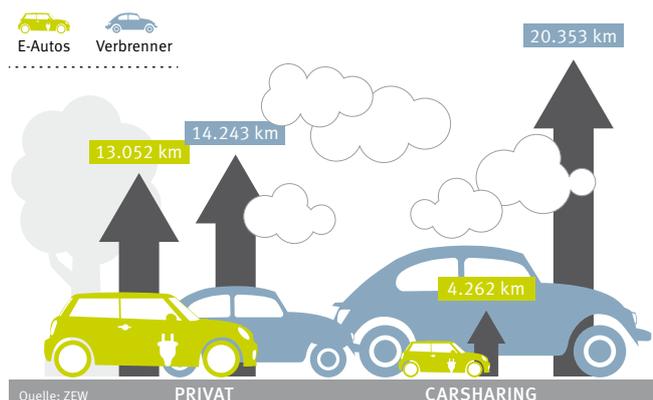
Eine mögliche Erklärung für die geringere Nutzung trotz gleicher Kosten ist eine sogenannte Status-quo-Verzerrung. Das bedeutet, dass Nutzer den gegenwärtigen Zustand übermäßig bevorzugen und resistent gegenüber Veränderungen sind. Ein anderer Grund für die Zurückhaltung bei der E-Mobilität könnte Reichweitenangst sein, das heißt die Angst, mit einem Elektroauto weite Strecken nicht hinreichend bewältigen zu können.

Diese Reichweitenangst ist für die Mehrheit der gefahrenen Strecken allerdings unbegründet, wie die Analyse von Tagesfahrleistungen privater Fahrzeuge und der Carsharing-Daten zeigt. Selbst bei sehr ungünstigen Annahmen zu Reichweite und Lademöglichkeiten von E-Autos könnten zwischen 82 und 92 Prozent der täglich mit Verbrennungsmotoren zurückgelegten Fahrten grundsätzlich auch mit E-Autos bewältigt werden. Bei moderaten Annahmen nähert sich der Anteil sogar 99 Prozent.

Daher ist es wichtig, dass politische Entscheidungsträger, Autohersteller und Carsharing-Anbieter die Sorge der Autofahrerinnen und Autofahrer entkräften. Dies könnte beispielsweise durch attraktive Leihangebote für die erstmalige E-Auto-Nutzung unterstützt werden. Des Weiteren ist der Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur eine wichtige Aufgabe für die Politik.

Die Studie zum Download unter: www.zew.de/PU81737

JAHRESFAHRLEISTUNG VON E-AUTOS IM VERGLEICH ZU KONVENTIONELLEN AUTOS IN KILOMETERN





Es gibt noch viel in der Umweltbilanz der deutschen Industrie zu tun

Als Rückgrat der exportorientierten deutschen Wirtschaft machte der Industriesektor im Jahr 2018 etwa 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und 17 Prozent der Beschäftigung in Deutschland aus. Gleichzeitig ist er als Hauptemissionsquelle entscheidend für die Umweltbilanz des Landes: Die verarbeitende Industrie war im selben Jahr für 30 Prozent des Endenergiebedarfs und 40 Prozent des Stromverbrauchs verantwortlich. Eine ZEW-Studie untersucht die dem Sektor zugrundeliegenden Strukturen und Trends im Energieverbrauch von 2003 bis 2014. In diesem Zeitraum wurden mehrere politische Maßnahmen eingeführt mit dem Ziel, die Energieintensität und Emissionen zu verringern, wie zum Beispiel die EEG-Umlage und das EU-Emissionshandelssystem.

Um zu untersuchen, wie sich Energieintensität, Energiekosten und Kohlenstoffemissionen in der verarbeitenden Industrie entwickelt haben, stützen sich die Autorinnen auf administrative Mikrodaten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Dieser Datensatz umfasst alle deutschen Industriebetriebe mit mehr als 20 Beschäftigten – insgesamt mehr als 40.000 Betriebe pro Jahr – und ermöglicht so eine Analyse nahezu der gesamten Unternehmenslandschaft im Industriesektor.

Die Studie zeigt, dass trotz der Einführung mehrerer Klimaschutzmaßnahmen der Energieverbrauch im Industriesektor von rund 700 TWh im Jahr 2003 auf mehr als 850 TWh im Jahr 2014 zunahm. Gleichzeitig sind die Kohlenstoffemissionen von 250 auf 280 Millionen Tonnen gewachsen, was mit einem Anstieg in der Produktion einhergeht.

Um diesem Anstieg bei der Betrachtung der Emissionsentwicklung Rechnung zu tragen, untersuchen die Forschenden auch, wie sich die Energie- und Kohlenstoffintensität, also der

Energieverbrauch und die Emissionen pro Euro Bruttoerzeugnis, verändert haben.

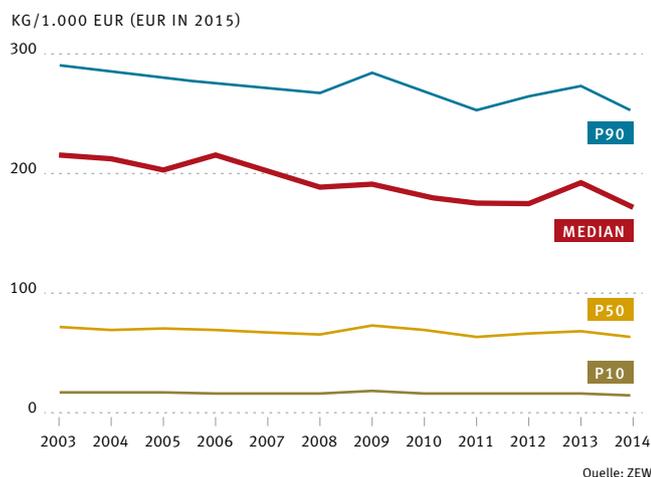
Die Ergebnisse sind ernüchternd: Die Energieintensität im deutschen Industriesektor ist innerhalb des Beobachtungszeitraums von zwölf Jahren weitgehend unverändert geblieben. Der teilweise Umstieg von Brennstoffen wie Öl und Kohle auf CO₂-ärmere Brennstoffe wie Erdgas hat jedoch dazu beigetragen, die Kohlenstoffintensität leicht zu senken. Diese Entwicklung geht einher mit einem wachsenden Trend zur Stromeigenerzeugung, also der Stromerzeugung auf dem Betriebsgelände. Dies ist auch auf Anreize zur Vermeidung steigender Stromkosten durch Einspeisetarife und Zuschläge zurückzuführen.

Vor dem Hintergrund wichtiger klimapolitischer Maßnahmen, die im Zeitraum von 2003 bis 2014 eingeführt wurden, untersuchen die Wissenschaftlerinnen, wie sich die Energiekosten in der Produktion entwickelt haben. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten in der Produktion trotz Zunahme weiterhin relativ gering ist. Der Energiekostenanteil ist jedoch nicht unbedingt geeignet, um die potenziellen Auswirkungen steigender Energiekosten auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu bestimmen. Stattdessen wurden die realen Energiestückkosten als Indikator verwendet. Dabei werden die Kosten des Energiebedarfs ermittelt, der nötig ist, um einen Euro Wertschöpfung zu erzeugen. Der Median der realen Energiestückkosten lag 2003 bei etwa 3 Cent pro Euro Wertschöpfung und stieg bis 2014 auf 4,7 Cent pro Euro. Für das 90. Perzentil stiegen die realen Energiestückkosten von 13 Cent pro Euro Wertschöpfung auf 20 Cent.

Trotz steigender Energiekosten im Untersuchungszeitraum ist die deutsche Industrie weit davon entfernt, Emissionen signifikant zu senken. Daher ist in Zukunft weitere Forschung notwendig, um die Wirksamkeit politischer Maßnahmen, die auf Energieeffizienz und Emissionsreduzierung abzielen, besser zu verstehen und zu beurteilen, wie sie optimiert werden können.

Kathrine von Graevenitz, Ph.D., kathrine.vongraevenitz@zew.de
Elisa Rottner, elisa.rottner@zew.de

ENTWICKLUNG DER CO₂-INTENSITÄT VON BETRIEBEN IM DEUTSCHEN VERARBEITENDEN GEWERBE



Kopernikus-Projekt ARIADNE

Die Studie wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Kopernikus-Projekts „ENavi“ (2016–2019) und des ebenfalls vom BMBF finanzierten „TRACE“-Projekts (2019–2021) durchgeführt. Im Anschluss an ENavi beteiligt sich das ZEW an dem neuen Kopernikus-Projekt „ARIADNE“, das einen Schwerpunkt auf die Entwicklung von politischen Maßnahmenpaketen für die Energiewende legt. Mehr Informationen unter:

<https://www.kopernikus-projekte.de/projekte/ariadne>

Nachgefragt: Welche neuen Impulse stehen der Umweltökonomik am ZEW bevor?

„Ex-ante-Evaluierung und Design von Klima- und Energiepolitik stärken“

Zum 1. August hat Prof. Dr. Sebastian Rausch die Leitung des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ angetreten. Im Interview gibt er einen Ausblick auf seine neu begonnene Tätigkeit. Außerdem erklärt er, welche gesellschaftliche Bedeutung die Umweltökonomik hat und wie sie einen Beitrag zum Umgang mit dem Klimawandel leisten kann.

Was erhoffen Sie sich von Ihrer neuen Aufgabe am ZEW?

Ich freue mich darauf, als Leiter des Forschungsbereichs meine Forschung zur Gestaltung von Emissions- und Energiemärkten zu intensivieren und in die klima- und wirtschaftspolitische Diskussion einzubringen. Nicht zuletzt die weltweite Klimadebatte hat in den vergangenen Jahren das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung von Umweltqualität für das menschliche und wirtschaftliche Wohlergehen noch einmal stark in den Vordergrund gerückt. Das ZEW Mannheim und die renommierten VWL-Bereiche an den Universitäten Heidelberg und Mannheim bieten ein ideales Umfeld für politik- und gesellschaftlich-relevante Forschung zu zentralen umweltökonomischen Herausforderungen unserer Zeit.

Welchen Beitrag kann die Umweltökonomik zur politischen Debatte über die Energiewende leisten?

Energie ist ein Lebenselixier moderner Gesellschaften. Die stetig angewachsene Energienachfrage ist maßgeblich mit der wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft. Zuverlässige und erschwingliche Energie zu liefern und gleichzeitig die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern, um negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Umwelt zu vermeiden, ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Umweltökonomik und ihre Teildisziplin, die Energieökonomik, untersuchen die Entstehungsfaktoren von Energieangebot und -nachfrage. Sie sind somit entscheidend für das Verständnis der Auswirkungen des industriellen Wirtschaftens auf die Umwelt, zum Beispiel in Form des globalen Klimawandels oder durch lokale Luftverschmutzung, aber auch in umgekehrter Richtung durch Feedback-Effekte von der Umwelt auf die Wirtschaft. Darüber hinaus bietet die Umweltökonomik, im Verbund mit anderen Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Erklärungsansätze, wie es möglich ist und sein könnte, Konsumenten- und Firmenverhalten in Richtung nachhaltiger Energiewirtschaftssysteme zu verändern und dabei sowohl die positiven als auch die negativen Auswirkungen verschiedener Alternativen abzuwägen.

Wie können ökonomische Anreize zur Erreichung der Klimaziele gesetzt werden?

Die ökonomische Analyse der Klimapolitik beruht in großen Teilen auf der Idee, dass potenziell schädliche Folgen wirtschaftlicher Aktivitäten auf die Umwelt, zum Beispiel durch CO₂-Emissionen, eine Externalität darstellen, eine wirtschaftlich bedeut-

same Auswirkung einer Aktivität, deren Folgen, zumindest teilweise, von anderen Parteien getragen werden als der Partei, die die Externalität verursacht. Die Klimapolitik versucht dieses Ungleichgewicht auszugleichen, indem sie den Anreiz erhöht, diese externen Kosten zu minimieren. Hieraus ergibt sich eine starke Rolle für die Bepreisung von CO₂-Emissionen, zum Beispiel durch CO₂-Steuern oder Märkte für handelbare Emissionsrechte. Dieser Gedanke steht hinter dem europäischen Emissionshandelssystem und der Einführung eines nationalen Brennstoffemissionszertifikatehandels in Deutschland.

Welche neuen Projekte planen Sie am ZEW?

Die Frage, mit welchen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Beispiel ambitionierte Klimaschutzziele erreicht werden können, erfordert Wissen über die komplexen Zusammenhänge von Konsumenten- und Firmenentscheidungen, Märkten, Technologie und Regulierung. Am ZEW möchte ich neue Kompetenzen in der ökonomischen Modellierung von Emissions- und Energiemärkten aufbauen, insbesondere auch mit Blick auf ihre gesamtwirtschaftlichen Verflechtungen, um so den wichtigen Bereich der Ex-ante-Evaluierung von Energie- und Klimapolitik zu stärken. Dies soll bereits bestehende Schwerpunkte im Forschungsbereich in der Ex-post-Evaluierung komplementieren. Thematisch werden hier unter anderem Fragen der CO₂-Bepreisung und Sektor-Kopplung von Strom, Wärme und Verkehr, des Ausbaus erneuerbarer Energien, der gesamtwirtschaftlichen Folgenabschätzungen und Verteilungswirkungen von Klimapolitik sowie der europäischen Integration der deutschen Energiewende im Mittelpunkt stehen.



Prof. Dr. Sebastian Rausch

ist Leiter des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ am ZEW. Nach Stationen am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich ist er einem gemeinsamen Ruf

der Universität Heidelberg und des ZEW gefolgt. Seine Forschung zielt darauf ab, die Rolle von Wirtschaftspolitik bei der Gestaltung der vernetzten Herausforderungen von Umwelt, Energie, Technologie und wirtschaftlichem Wohlergehen zu verstehen. Konkret beschäftigt er sich vor allem mit der Bewertung und dem Design von Märkten und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und der Gestaltung nachhaltiger Energiewirtschaftssysteme.

sebastian.rausch@zew.de



Foto: © iStockphoto.com/NicoElNino

Digitaler Impfstoff für die Wirtschaft

Die Corona-Krise hat Digitalisierungsdefizite in Deutschland sichtbar gemacht. Gleichzeitig hat sie der deutschen Wirtschaft zu einem Digitalisierungsschub verholfen. Nun gilt es, die (Un-)Gunst der Stunde zu nutzen.

Digitalisierung kann nicht nur zu Effizienz und Produktivität beitragen, sondern auch zur Krisenresilienz. So haben wir in einer aktuellen Studie festgestellt, dass während des Lockdowns etwa drei Viertel der Soloselbstständigen mit sehr niedrigem Digitalisierungsgrad nicht mehr in der Lage waren, die eigene Tätigkeit auszuüben. Unter den sehr hoch digitalisierten Soloselbstständigen waren es dagegen lediglich 28 Prozent. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 haben hoch digitalisierte Unternehmen besser überstanden als gering digitalisierte, weil sie ihre Prozesse leichter anpassen und starke Produktivitätsrückgänge verhindern konnten.

Zurück auf Los ist nicht die Lösung

Doch was passiert jetzt, wo die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt? Zurück zum Vorkrisenzustand? Einige neue Verhaltensmuster zeichnen sich bereits ab: Homeoffice gehört nun zum Alltag vieler Angestellter. Wir freuen uns über die Möglichkeit, online einzukaufen und uns digital weiterzubilden. Dass es kein Zurück auf Los gibt, hat auch die Politik verstanden. Dies macht der von der Bundesregierung als „Zukunftspaket“ benannte Teil des Konjunkturpakets deutlich, auch wenn er im Dschungel der konjunkturstützenden Maßnahmen beinahe untergeht. Die Maßnahmen sind nicht völlig neu, geben aber ein Signal, dass es nun vorwärts gehen muss.

Digitale Technologien bieten die Grundlage dafür. Sie haben die wunderbaren Eigenschaften einer „General Purpose Technology“ – mit raschem technologischen Wandel, Einsatzfähigkeit in allen Bereichen der Wirtschaft und ihrer Eigenschaft als Impulsgeber für Innovationen.

Jetzt gilt es, den Moment zu nutzen: für innovative Produkte, wie wir sie im Bereich der Mobilität dringend benötigen, für innovative Dienste, wie sie während der Lockdown-Phase vielerorts online entstanden sind, und für bessere Entscheidungen im Gesundheitswesen, für die wir eine sichere Datenbasis und die Möglichkeiten, diese auszuwerten, brauchen. Das Potenzial

ist aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft: Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der Nutzung digitaler Technologien in der Wirtschaft auf Rang 18 von 28. Künstliche Intelligenz (KI) setzen bislang knapp sechs Prozent der Unternehmen in der deutschen Wirtschaft ein, wie eine ZEW-Studie zeigt.

Europäisches Forschungsinstitut zu KI

Es sind die neuen technologischen Entwicklungen wie KI, die Verfügbarmachung und Nutzung von Daten und die dafür notwendige Infrastruktur wie schnelles Internet und leistungsfähige Speicher- und Rechenkapazität, die den Weg nicht nur in die Post-Lockdown-, sondern auch in die Post-Corona-Phase bereiten. Für die Wirtschaft bedeutet dies, die (Un-)Gunst der Stunde zu nutzen, Ideen zu generieren oder solche, die vielleicht bereits während der Lockdown-Phase entstanden sind, weiter zu entwickeln. Jetzt bietet sich die Gelegenheit, Potenziale und Einsatzmöglichkeiten zu eruieren und auszuprobieren, neue Kooperationen einzugehen, mit der Forschung oder mit Start-ups.

Wir brauchen Software, die Produkten und Diensten intelligente Funktionen verleiht, Daten, mit denen diese Funktionen stetig verbessert werden, und Expertinnen und Experten, die in der Lage sind, diese Software zu entwickeln, Daten auszuwerten und vor allem die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Die Politik ist bereit, in KI zu investieren, in die Forschung und die Ausbildung von Expertinnen und Experten. Warum nicht auch in ein europäisches Forschungsinstitut zu KI?

Am 1. Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Wichtig ist, dass die Digitalisierung ganz oben steht, mit Themen wie KI, der europäischen Cloud Gaia-X, der Umsetzung einheitlicher europäischer Sicherheitsstandards für den Ausbau von 5G und, nicht zu vergessen, einer europäischen Datenstrategie. Digitalisierung ist nicht um ihrer selbst willen so wichtig, sondern weil sie für viele Herausforderungen eine Lösung bietet. Die Digitalisierung ist der Wegbereiter für Innovationen und damit für Produktivitätswachstum und Wohlstand. Der Corona-Impfstoff für die Wirtschaft heißt Digitalisierung.

Prof. Dr. Irene Bertschek, irene.bertschek@zew.de

Dieser Beitrag ist in längerer Version am 16. Juli 2020 im Magazin „Cicero“ erschienen.

Die Corona-Krise für zukunftsgerichtete Innovationen nutzen

Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg hat in besonderem Maße mit den Herausforderungen zu kämpfen, die die Corona-Pandemie mit sich bringt. Mit welchen wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Land die Krise bewältigen kann, diskutierten die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut und ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. bei der Online-Veranstaltung „Wie gelingt der wirtschaftliche Wiederaufbau nach Corona?“. Die Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ fand zum dritten Mal im Digitalformat #ZEWlive statt, das die Journalistin Elif Şenel moderierte.

„Auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 lag die Zahl der Kurzarbeiter in Deutschland bei 1,4 Millionen. Jetzt sind wir schon bei weit über sieben Millionen“, fasste Wambach zu Beginn die aktuelle Lage zusammen. „Die Frage ist, wann wir wieder zum Normalzustand zurückkehren“, meinte er. „Wir haben bereits zahlreiche Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht, insbesondere für unsere mittelständischen Unternehmen, und sind in der Umsetzung weiterer Unterstützungsprogramme“, erklärte Hoffmeister-Kraut. „Zusätzlich zu den Hilfsmaßnahmen muss es jetzt verstärkt darum gehen, wie wir die Konjunktur wieder ankurbeln und den Standort Baden-Württemberg zukunftsfest machen können“, ergänzte die Ministerin. Wambach betonte: „Unternehmen sind zum großen Teil auf dem Weltmarkt tätig. Baden-Württemberg muss ihnen die richtige



Beim #ZEWlive diskutierte ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D., mit der baden-württembergischen Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut (oben rechts). Es moderierte Elif Şenel.

Infrastruktur geben.“ Ministerin Hoffmeister-Kraut stimmte zu: Das Land verfüge über ein attraktives Umfeld. Die Politik müsse dieses jedoch weiterentwickeln. Auch das Publikum beteiligte sich per Chat-Funktion rege an der Diskussion. Ausführlicher Nachbericht und ein Video zum #ZEWlive unter www.zew.de/AM7224

Wirtschaft · Forschung · Debatten: Der neue #ZEWPodcast

Mit dem #ZEWPodcast „Wirtschaft · Forschung · Debatten“ bespielt das ZEW ein neues Format: Die Expertise der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gibt es nun auch zum Anhören. Im Gespräch mit Moderatorin Carola Hesch äußern sich die Expertinnen und Experten des ZEW zu aktuellen politischen Debatten

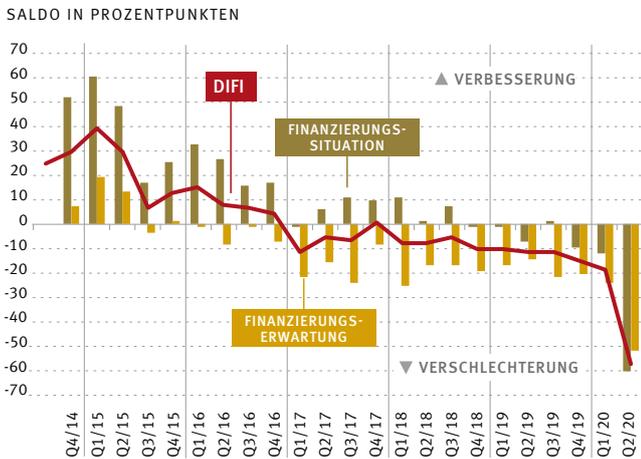


In der aktuellen Folge spricht Prof. Dr. Melanie Arntz über die Zukunft der Arbeit.

und ordnen gesellschaftliche Entwicklungen im Kontext ihrer Forschung ein. Die Gespräche dauern etwa 20 bis 30 Minuten und sind auf den gängigen Podcastplattformen verfügbar. In der ersten Folge blickt ZEW-Europaexperte Prof. Dr. Friedrich Heinemann auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und die damit verbundenen Herausforderungen. Heinemann spricht über die Fragen, auf die Europa in den kommenden Monaten Antworten finden muss: Wie kann ein europäischer Wiederaufbaufonds gezielt zur Krisenbewältigung beitragen? Wie sieht ein überzeugendes europäisches Konjunkturpaket aus? Und welche Rolle kann die Bundesregierung dabei spielen? Er fordert: „Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte den echten europäischen Nutzen des EU-Haushalts in den Mittelpunkt stellen.“ In der aktuellen Ausgabe spricht ZEW-Arbeitsmarktökonomin Prof. Dr. Melanie Arntz darüber, was der technologische Wandel für den Arbeitsalltag sowie für Aus- und Weiterbildung bedeutet: Werden Roboter unsere Jobs übernehmen? Auf welche Fähigkeiten und Kenntnisse kommt es jetzt an? Und wie wirkt sich die Corona-Krise auf den aktuellen Strukturwandel aus? Für alle, die ein Ende der Arbeit fürchten, gibt Arntz zunächst einmal Entwarnung: „Unterm Strich wird uns die Arbeit nicht ausgehen.“ Mehr denn je kommt es ihrer Einschätzung nach in der neuen Arbeitswelt auf den menschlichen Faktor an.

Den #ZEWPodcast anhören unter: www.zew.de/PM7285

Immobilienfinanzierungsindex DIFI erreicht einen neuen Tiefstand

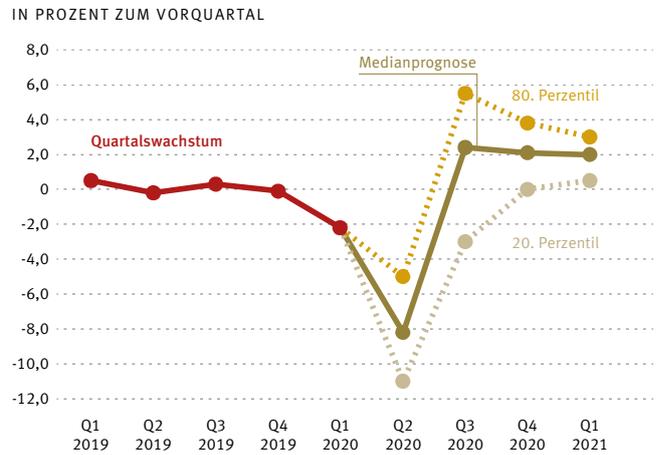


Mittelwert aus Lage- und Erwartungseinschätzung für die fünf Immobilienmarktsegmente (Büro, Einzelhandel, Logistik, Wohnen, Hotel). Quelle: JLL und ZEW

Auch der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) von ZEW und JLL kann sich der anhaltenden Corona-Krise nicht entziehen. Im zweiten Quartal 2020 fällt der Stimmungsindikator um 37,8 Punkte auf nun minus 56,7 Punkte. Sowohl die Einschätzung der aktuellen Finanzierungssituation als auch die Finanzierungserwartung für die kommenden sechs Monate sind deutlich zurückgegangen. Die vielfältigen wirtschaftlichen Folgen sowie die ungewisse Wirkung nationaler und europäischer Konjunkturpakete sorgen für den schlechtesten Wert seit dem Beginn der Umfrage 2011. Dabei haben alle Nutzungsarten deutlich verloren. Besonders stark eingebrochen ist die Einschätzung der Finanzierungssituation im Einzelhandel, die sich bereits vor der Corona-Krise auf einem niedrigen Niveau bewegte. Weniger negativ wird die Situation bei Logistikimmobilien bewertet. Grund hierfür ist der Anstieg des Onlinehandels in den vergangenen Monaten.

Dr. Carolin Schmidt, carolin.schmidt@zew.de

Wachstumsprognosen des BIP bleiben sehr heterogen



(Angaben in Prozent der Gesamtzahl der Antworten)

Quelle: ZEW

Für das zweite Quartal 2020 erwarten die Expertinnen/-en im Median einen Rückgang des realen BIP um 8,2 Prozent zum Vorquartal. Die Bandbreite der Prognosen ist mit 6 Prozent enorm groß. Dies ist ungewöhnlich, weil einige Informationen, etwa zur Industrieproduktion, bereits publiziert sind. In den folgenden Quartalen nimmt die Heterogenität der Prognosen nur wenig ab. Im dritten Quartal 2020 wird im Median ein Anstieg von 2,4 Prozent erwartet, mit einer Bandbreite von minus 3 bis plus 5,5 Prozent. Für das vierte Quartal 2020 und das erste Quartal 2021 liegt die Vorhersage im Median bei 2,1 und 2,0 Prozent. Ein Teil der Expertinnen/-en rechnet mit viel besseren oder schlechteren BIP-Verläufen als der Median. Für 2021 und 2022 haben sich die Prognosen gegenüber den Vormonaten kaum verändert. Im Median soll das BIP um 4 (2021) und 2 Prozent (2022) wachsen. Ende 2022 wäre der konjunkturelle Einbruch wieder aufgeholt.

Dr. Michael Schröder, michael.schroeder@zew.de



Corona und die digitale Ökonomie

Homeoffice und Videokonferenzen – so sieht der berufliche Alltag vieler Menschen in Deutschland seit Wochen aus. Unternehmen mussten sich anpassen, Produktionsprozesse wurden umgestellt. Sicher ist: Die Wirtschaft wird nach der Krise anders aussehen. Beschert Corona der deutschen Wirtschaft einen nachhaltigen Digitalisierungsschub? Über die Perspektiven und die Gestaltung des digitalen Wandels diskutieren die ZEW-Expertin Prof. Dr. Irene Bertschek und Luka Mucic, Finanzvorstand der SAP SE, im nächsten #ZEWlive; die freie Journalistin Elif Şenel moderiert. Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3209

MannheimTaxation-Jahreskonferenz

Das ZEW veranstaltet am 10. September 2020 virtuell die siebte internationale MannheimTaxation-Jahreskonferenz zu Themen der Steuerforschung. Die Veranstaltung wird im Rahmen des Leibniz-WissenschaftsCampus MannheimTaxation organisiert, eine gemeinsame Initiative der Universität Mannheim und des ZEW. In diesem Jahr konnte Danny Yagan von der Universität von Kalifornien, Berkeley, USA, als Hauptredner gewonnen werden. Außerdem werden die fiskalischen Auswirkungen der Corona-Krise in einer hochkarätig besetzten Policy-Session besprochen. Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3181



Im Wettbewerb mit China

Die Untersagung der geplanten Fusion der Zugsparten von Siemens und Alstom im Mai 2019 durch die Europäische Kommission hat die Problematik auf die Titelseiten gebracht: Ist der europäische Binnenmarkt richtig aufgestellt, um mit den Herausforderungen angemessen umzugehen, die

sich durch die chinesische Wirtschaftsform und chinesische Unternehmen, hier konkret durch den Bahn-Riesen China Railway, ergeben?

Chinas Wirtschaft ist eigenen Regeln unterworfen. Das chinesische Wirtschaftsmodell der „Sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen“ zeichnet sich dadurch aus, dass der Staat zur Erreichung seiner industriepolitischen Ziele auf vielfache Weise in das Wirtschaftsgeschehen eingreift.

Um Wettbewerbsnachteile daraus für europäische Unternehmen zu vermeiden, wird seit einiger Zeit über Reformmöglichkeiten diskutiert. Im grenzüberschreitenden Warenverkehr sind europäische Unternehmen durch Antidumping- und Antisubventionsinstrumente geschützt. Dennoch ist der Schutz der europäischen Marktwirtschaft in bestimmten Situationen lückenhaft. Dies ist dann der Fall, wenn Drittstaaten Unternehmen subventionieren, die zur Umgehung von Antidumping- oder Ausgleichszöllen ihre Produktion in die EU verlagern und die Produkte hier vertreiben. Wettbewerbsnachteile bestehen auch, wenn bei Unternehmenserwerbs- oder Beschaffungsvorgängen subventionierte Unternehmen bessere Angebote abgeben können.

Im EU-Binnenmarkt gibt es zur Erfassung staatlicher Subventionen eine Beihilfenkontrolle. Jedoch ist diese auf drittstaatliche Unterstützungsmaßnahmen mit Auswirkungen auf den Binnenmarkt nicht anwendbar. Zur Schließung dieser Lücke hat die Europäische Kommission ein Weißbuch mit drei Instrumenten vorgelegt. Eines der Instrumente soll die Überprüfung dieser Subventionen ermöglichen, während die anderen beiden die Überprüfung von Unternehmenserwerbs- und Beschaffungsvorgängen betreffen.

Die Monopolkommission hat sich in ihrem aktuellen Hauptgutachten, das Ende Juli veröffentlicht wurde, ausführlich mit den Herausforderungen durch Chinas Staatskapitalismus beschäftigt. Darin befürwortet sie die Einführung eines „Drittlandsbeihilfeinstrument“, mit dem drittstaatliche Subventionen und mitgliedstaatliche Beihilfen weitgehend gleichgestellt würden. Während die Instrumente des Weißbuchs sich auf Subventionen im Sinne der Antisubventionsverordnung beziehen, wäre das Drittlandsbeihilfeinstrument an der Beihilfeordnung ausgerichtet.

Die denkbare Alternative zum Schutz des Europäischen Binnenmarktes wäre ein direkter Schutz der Unternehmen. Andere diskutierte Instrumente versuchen daher, europäische Unternehmen zu stärken. Diese Instrumente würden aber die Wettbewerbsprobleme verschärfen. So werfen „Abwehrfusionen“ ähnliche Probleme auf wie Abwehr- bzw. Exportkartelle oder Defensivbeihilfen. Die Beschränkung des Wettbewerbs durch derartige Maßnahmen würde in erster Linie zulasten der Verbraucher gehen. Im Übrigen besteht die Gefahr, in einen Subventionswettlauf zu geraten.

Diese Regeln betreffen den Europäischen Binnenmarkt. Für den chinesischen Markt sollten faire Bedingungen durch internationale Verträge angestrebt werden. Wichtig ist dabei das geplante EU-China-Investitionsabkommen, das allerdings um Vereinbarungen für die Vergabe von Subventionen erweitert werden sollte. Der Abschluss der seit mehr als sechs Jahren andauernden Verhandlungen zu diesem Abkommen war eigentlich für dieses Jahr erwartet worden.

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'Achim Wambach'.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D.

Dieser Beitrag ist in längerer Version am 21. August 2020 in der „Neue Zürcher Zeitung“ erschienen.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Dominic Egger, Telefon +49 621 1235-103 · dominic.egger@zew.de

Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Carola Hesch, Telefon +49 621 1235-128 · carola.hesch@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2020